

Rainer Lindner

Eine kranke und gestresste Gesellschaft – Russland in der Bevölkerungskrise

Rainer Lindner

(* 1966) ist Privatdozent im Fachbereich Osteuropastudien an der Universität Konstanz und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in der Forschungsgruppe Russland/GUS.

rainer.lindner@swp-berlin.org



Russland befindet sich in einer anhaltenden demografischen Krise, deren Lösung von der alten und neuen Führung zur entscheidenden Zukunftsaufgabe erklärt wurde. Während eine geringe Geburtenrate und Überalterungsprozesse auch in anderen europäischen Staaten zu beobachten sind, schlagen in Russland zusätzlich die hohe Sterblichkeit und eine sinkende Lebenserwartung zu Buche.

Bis 2025 werden der russischen Volkswirtschaft deutlich weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen; die Zahl der verfügbaren Rekruten für die russischen Streitkräfte sinkt bereits 2008 unter die Bedarfsgrenze. Prozesse der regionalen Differenzierung und der Abwanderung tragen zusätzlich dazu bei, dass der Anspruch Russlands als zurückkehrende Großmacht erheblichen Einschränkungen unterliegt. Trotz Ressourcenreichtums und des vorläufig hohen Ölpreises befürchtet der Kreml einen strategischen Bedeutungsverlust für Russland in der Region, zumal angesichts des wachsenden chinesischen Bevölkerungs- und Wirtschaftspotenzials. Schon jetzt kann die Zentralregierung die Chancengleichheit und Wohlfahrt als Dimensionen stabiler Staatlichkeit für Russland als Ganzes nicht mehr gewährleisten.

Russlands Bevölkerung wird bis 2050 von derzeit 142 Millionen auf 100 Millionen Menschen schrumpfen. Dafür werden

zumeist die geringe Geburtenrate, die zunehmende Mortalitätsrate und der schlechte Gesundheitszustand verantwortlich gemacht. Die schwachen Geburtsjahrgänge in den Jahren des Umbruchs nach 1991 werden in Russland und anderen postsowjetischen Staaten in absehbarer Zeit für weiter sinkende Geburtenzahlen sorgen. Der russische demografische Sonderweg im Vergleich zu anderen europäischen und außereuropäischen Staaten ist vor allem ein Ergebnis der hohen Sterberate. Gegenwärtig liegt die Lebenserwartung in Russland bei Männern bei 58,4 Jahren und bei Frauen bei 71,9 Jahren. Damit belegt das Land den 136. Platz weltweit. Trotz der starken Mortalität und einer in den letzten fünfzig Jahren gesunkenen (vor allem männlichen) Lebenserwartung ist in Russland die Alterung ein zentrales Problem. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wird 2025 bei 18 % liegen, verglichen mit 12 % im Jahr 2000. Die staatlichen Ausgaben für Altenpflege und medizinische Versorgung werden ebenso zunehmen wie der Reformdruck zur Umsetzung neuer gesundheitspolitischer und anderer Vorsorgekonzepte für ältere und pflegebedürftige Menschen. 2050 wird nach moderaten Schätzungen der UN ein Drittel der Bevölkerung (32,8 %) älter als 60 Jahre sein; zugleich ist ein Rückgang der Zahl der 18-jährigen Männer um 50 % bereits in den kommenden 15 Jahren zu erwarten. Russlands demografische Koordinaten werden sich stärker als im übrigen Europa deutlich verschieben.

Zu den Ursachen der demografischen Krise gehört das fehlende Gesundheitssystem. Die chaotischen Transformationsprozesse der 90er Jahre bewirkten eine weitere soziale Differenzierung der Gesellschaft und eine Verarmung großer Bevöl-

kerungsteile, für die Gesundheit nicht mehr bezahlbar war. Die schlechte Gesundheitsversorgung und der übermäßige Alkoholkonsum machen die Menschen anfällig für Folgekrankheiten und erfassen dabei längst nicht nur die Erwachsenen. Fast die Hälfte (45 %) der in Russland geborenen Kinder kommt bereits mit Herz-Kreislauf-Schädigungen oder Immunschwächen wie HIV/AIDS zur Welt. Das Auftreten von Herzkrankheiten bei unter Vierzigjährigen hat seit 2001 um 36 % zugenommen. Neben Herz-Kreislauf-Erkrankungen (mit 1,28 Millionen Fällen/56 % noch immer Haupttodesursache) treten vor allem TBC-Erkrankungen – mit 120.000 Neuerkrankungen pro Jahr und 32.000 TBC-Toten 2006 – auf. Überdies gelten 30 % der TBC-Krankheiten in Russland aufgrund fehlender Medikamente als nicht behandelbar. Hinzu kommen HIV/AIDS und Hepatitis. 2006 waren Schätzungen der *Vereinten Nationen* zufolge in Russland bis zu 1,6 Millionen Menschen mit dem HI-Virus infiziert, obgleich nur 369.187 Fälle offiziell registriert waren. Bis zu acht Millionen Menschen könnten sich bei unveränderten Bedingungen bis 2010 infizieren; daraus erwachsen dramatische Konsequenzen für das Gesundheitssystem und die Staatskosten.

Gesellschaften im Wandel sind »gestresste« Gesellschaften. Individuen erfahren soziale Unsicherheit als Folge einer Pluralisierung von Lebenswelten. Die Flucht in Drogen, Alkohol und Kriminalität sind die deutlichsten Anzeichen dafür. Fast 900.000 Menschen starben offiziellen Angaben zufolge im letzten Jahrzehnt (1995–2006) an den Folgen von Alkoholmissbrauch. Noch immer sterben in Russland bis zu 40.000 Menschen an akuten Alkoholvergiftungen. Fast die Hälfte der Männer, die an Unfällen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sterben, war zum Zeitpunkt des Todes betrunken, so dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Alkoholmissbrauch – 19 Liter reiner Alkohol pro Kopf und Jahr (im Vergleich zu 12 Litern im EU-Durch-

schnitt) – und anderen Krankheitsbildern besteht. Darüber hinaus sind 2007 etwa 10.000 Menschen an den Folgen von Drogenmissbrauch gestorben. Nicht nur die geographische Nähe zu Produzentenländern wie Afghanistan, sondern auch die rasante Vergrößerung des Abnehmermarktes haben Russland zu einem der größten Heroinmärkte weltweit gemacht.

Zu wenige Arbeitskräfte, zu wenige Soldaten

Die demografische Sicherheit eines Landes – der langfristigen Sicherung des Bevölkerungsbestands in absoluten Zahlen und in der regionalen Verteilung – hat unmittelbare Auswirkungen auf staatliche Stabilität und regionale Sicherheit. Demografie gilt als Strukturfaktor, der destabilisierende Wirkung für die Staatlichkeit haben kann. Die demografische Sicherheit ist auch dann gefährdet, wenn Abwanderung die Wirtschaftskraft von Regionen und damit die nationale Wirtschaft beeinträchtigt.

Staatliche Stabilität wird u.a. durch ökonomische Sicherheit gewährleistet, während Arbeitskräftemangel infolge der demografischen Krise und ethnische Konflikte infolge von Migrationsprozessen, Arbeitsplatzkonkurrenz und Fremdenfeindlichkeit zu eingeschränkter Stabilität führen können.

So werden der russischen Wirtschaft bis 2025 zwischen 13 und 19 Millionen weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Eine schrumpfende Bevölkerung produziert und konsumiert zudem weniger. Russische und ausländische Unternehmen klagen über zahllose krankheits- oder alkoholbedingte Fehltage und generell über fehlende Arbeits- und Fachkräfte.

Auch die Zahl der Wehrfähigen wird sich in den kommenden zehn Jahren deutlich verringern. Das Land, »dessen Schicksal es ist, eine große Armee zu haben« – so Verteidigungsminister Sergej Iwanow im

Mai 2006 – wird in dreißig Jahren lediglich noch über eine Freiwilligen- bzw. Berufsarmee seine Verteidigungsfähigkeit sichern können. Derzeit verfügt die russische Armee lediglich über 1,1 Millionen Mann; während 1994 noch 3,4 Millionen Menschen unter Waffen standen. Außerdem nimmt die Gefahr ethnischer Spannungen innerhalb der Truppe zu, da der Anteil der nichtrussischen jungen Männer prozentual zunehmen und 2025 die Mehrheit der Rekruten der russischen Armee ausmachen wird. Einsätze in den nichtrussischen Peripherien und ethnischen Spannungsbereichen Russlands dürften dann deutlich schwieriger sein. Im russischen Generalstab wird darüber hinaus befürchtet, dass die Verteidigungshaushalte vor allem in den Jahren reduziert werden könnten, wenn der Arbeitskräftemangel Russlands auf die Wirtschaftslage durchzuschlagen beginnt und Russland aus schwindenden Rohstoffexporten geringere Einnahmen erzielen wird.

Nach der auf Ankündigungen beschränkten Politik der ersten Amtszeit Pu-

tins hat der Präsident seit 2005 deutlich mehr administrative und materielle Ressourcen für die demografische Sicherheit bereitgestellt. Der russische Präsident sah sich angesichts neuer alarmierender Trends einer weiter sinkenden Lebenserwartung, geringen Fertilitätsraten und den sich abzeichnenden Konsequenzen für Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit gezwungen, Demografie zu einem Thema »nationaler Sicherheit« zu machen. Für die so genannten »Nationalen Projekte« in den Bereichen »Gesundheit«, »Bezahlbarer Wohnraum«, »Bildung« und »Landwirtschaft« sollten 2007 bis 2009 jährlich 3,5 % der Haushaltsausgaben aufgewendet werden; 2008, im Jahr der Präsidentschaftswahl, sollen die Ausgaben bei 3,8 % des BIP liegen.

Noch ist offen, ob die Initiativen auch unter Russlands neuem Präsidenten Medwedew finanziert werden und in eine nachhaltige Sozial-, Gesundheits-, Wohnraum- und Strukturpolitik münden können. Die demografische Krise wird in jedem Fall ein Zukunftsthema der russischen Politik sein.

Winfried Schneider-Deters

EU oder NATO – Prioritätenwechsel der Ukraine?

Im Verhältnis zwischen der EU und der Russischen Föderation spielt die zwischen diesen beiden Teilen Europas liegende Ukraine eine Schlüsselrolle: Sowohl für Brüssel als auch für Moskau sind die äußere Ausrichtung und die innere Verfassung dieses »Niemandlandes« in »Zwischen-Europa«, in welchem sich die »Europäische Nachbarschaft« und das russische »Nahe Ausland« überlappen, von strategischem Interesse.

Winfried Schneider-Deters

(* 1938) ist Wirtschaftswissenschaftler und hat u.a. nach diversen Tätigkeiten in Lateinamerika und Süd-Korea zwischen 1996 und 2000 das »Kooperationsbüro Ukraine« der FES mit Sitz in Kiew aufgebaut und geleitet.

wschneiderdeters@googlemail.com



In ihrer Zwischenlage wird sich die Ukraine auf Dauer nicht autonom behaupten können: »Dieses Vakuum wird sich wahrscheinlich innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre auflösen«, wie Egon Bahr in seinem Geleitwort zu dem im Januar 2008 erschienen Buch *Die offene Flanke der Europäischen Union* schreibt.